Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 875.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 13. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 12. Dezember Der König hat geruht: den Geheimen Ober-Justiz-Rath und vortragenden Rath im Justizministerium Horstmann zum Wirklichen Geheimen Ober-Justiz-Rath; den Ober-Landesgerichts-Rath Predari in Breslau zum richterlichen Mitgliede und den Landgerichtsrath Vietsch daselbst zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede des Bezirksverwaltungsgerichts zu Breslau auf die Dauer ihres Hauptamtes am Sitze des letzteren; sowie den Amtsgerichtsrath von Stiernberg in Sigmaringen zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede des Bezirksverwaltungsgerichts zu Sigmaringen für die Dauer seines Hauptamtes am Sitze des letzteren, ferner den Landrath Friedrich Eberhard Vormbaum zu Neustadt i. Westpr., und den Landrath Viktor Leo Delsa zu Kosten zu Regierungs-Räthen zu ernennen.

Vom Landtage.

24. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 12. Dezember. 11 Uhr. Am Ministertische v. Kameke, Maybach, Bitter und Kommissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt v. Schorlemer-Alst: Der Präsident hat mir eine Zuschrift des Amtmanns Brüning, aus Anlaß meiner Rede wegen des Antrages über die Landgütererwerbung in Westfalen zugängig gemacht; ich könnte sie in allen Punkten widerlegen, nehme aber mit Rücksicht auf die Zeit des Hauses Abstand, diese rein persönlichen Angelegenheiten zu verhandeln, um nicht Personen und Verhältnissen eine Wichtigkeit beizulegen, die sie nicht verdienen.

Das Haus genehmigt den Antrag Kantak's betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Szuman und tritt sodann in die dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat, ein.

Bei § 1 Nr. 1 (Berlin-Stettin) bemerkt Schmidt (Stettin): Die Vorlage und der Kommissionsbericht äußern sich gar nicht über die zukünftige Organisation der Verwaltung der Staatsbahnen. Früher hat der Minister die Absicht geäußert, selbstständige Eisenbahn-Provinzialbehörden einzurichten, aber wo und mit welcher Kompetenz im Verhältniß zur Centralbehörde, das hat er nicht angedeutet. Es ist aber doch für eine Stadt, die bisher Sitz eines Direktoriums war, nicht gleichgültig, ob sie dasselbe verliert.

Minister Maybach: Für eine leistungsfähige Eisenbahnverwaltung ist es ein Bedürfniß, die Bezirke der einzelnen Diretionen zu vergrößern. Die Verhandlungen über den künftigen Sitz der einzelnen Direktionen sind noch nicht vollständig abgeschlossen, zum Theil auch abhängig von der Annahme dieses Gesetzes. Sollte es zur Annahme gelangen und die Allerhöchste Sanktion finden, so wird die Vorlegung eines Nachtragsetats nöthig, welcher sich auf die neuerworbenen Unternehmungen bezieht, und bei dieser Gelegenheit wird auch volle Auskunft über die zukünftige Organisation, über Sitz und Umfang der einzelnen Direktionen gegeben werden. Nach Ansicht der Staatsregierung ist es absolut erforderlich, die Provinzialbehörden mit erheblich größeren Kompetenzen auszurüsten als bisher und um nicht von der Menge der Details erdrückt zu werden, eine große Zahl von bisher in der Zentralinstanz bearbeiteten Dingen auf die Provinzialbehörden zu übertragen, die sie ebenso gut und besser erledigen können. Auch über diesen Punkt wird bei dem Nachtragsetat volle Auskunft gegeben werden.

Abg. Rickert: Wird sich dieser Nachtragsetat lediglich auf die Verwaltungsreform beziehen oder, wie es nothwendig erscheint, auf die gesammten Einnahmen und Ausgaben der angekauften Bahnen?

Minister Maybach: Zunächst auf diejenigen Bahnen, deren Ankauf Sie jetzt genehmigt haben. Soweit die Organisation der bestehenden Staatsbahnen durch den Nachtragsetat berührt wird, wird natürlich auch dieser in demselben gedacht werden. Ich habe dem Herrn Präsidenten bereits den Vorschlag gemacht, damit wir uns nicht in Diskussionenen verwickeln, die nachher wiederholt werden müssen. Die Berathung des Eisenbahnetats aufzuschieben bis nach dem Feste, damit die Herren übersehen können, in welchem Verhältniß der jetzige Etat zum Nachtragsetat steht.

Abg. Hammacher: Es liegt also in der Absicht der Regierung, einen ganz neuen Eisenbahnetat vorzulegen, sobald dies durch die Einfügung der neuen Linien nothwendig wird; denn man kann nicht den Etat lediglich auf die neuen Bahnen erstrecken und in Bezug auf die alten es bei der bisherigen Sachlage belassen. Die Vortheile, welche uns aus der Verstaatlichung der Privatbahnen erwachsen sollen, müßten im Etat ganz und voll in Erscheinung treten; er frägt deshalb an, ob das schon im Etat 1880—81 der Fall sein werde. Der Kommissar Geh.-Rath Rapmund erklärt dies kaum für möglich.

Abg. Windthorst: Diese Anfragen beweisen, daß die finanziellen Einwirkungen der Vorlage auf den Etat in der Kommission nicht völlig berücksichtigt worden sind. Die Antwort des Ministers erscheint mir befriedigend. Auf den bestimmt geäußerten Wunsch der Wortführer der nationalliberalen und der konservativen Partei, nach Abschluß der vorliegenden Bahnerwerbungen eine Pause eintreten zu lassen, habe ich einen großen Werth nicht gelegt, denn die Lawine im Sturz hält man nur schwer auf. Die Kommission, die doch denselben Wunsch hatte, hätte ihn besser und sachgemäßer in Form eines Antrages gekleidet.

Abg. Richter: Auch mir liegt dieser Punkt am Herzen. Es zeugt doch von wenig Rücksicht gegen eine so große Majorität, wenn ihr einziger Vorbehalt bei ihren Bewilligungen, es bei den vorliegenden Erwerbungen für den Staat in dieser Session bewenden zu lassen, von der Regierung nicht nur nicht beachtet wird, sondern das gerade Gegentheil geschieht. Durch Ausdehnung der Kreditoperation werden die Gefahren der Verstaatlichung gesteigert. Was die etatsmäßige Behandlung betrifft, so treten die Bahnen im Moment der Verstaatlichung unter dasselbe verfassungsmäßige Finanzrecht, wie die ganze Staatsverwaltung. Das halte ich für ganz selbstverständlich. Der Eisenbahnetat für 1880—81 wird ja noch manches Unsichere haben; er muß aber aufgemacht werden, so gut es im Moment möglich ist.

Abg. Hammacher: Die Kommission hat es für selbstverständlich angesehen, daß die Regierung sofort nach Genehmigung der Verträge einen Etat vorlegen werde und sich deshalb mit diesem Punkte nicht speziell beschäftigt, ebensowenig mit der Frage nach der Verstaatlichung weiterer Bahnen, da ja in einer bezüglichen Erklärung der Regierung der Berlin-Potsdamer, die Rheinische und die Anhaltische Bahn ausdrücklich als die weiter zum Ankauf bestimmten bezeichnet wurden.

Finanzminister Bitter: Die Staatsregierung erachtet es für selbstverständlich, daß bei Erwerbung der Bahnen das verfassungsmäßige Etatsrecht in Kraft tritt. Die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange. Die Potsdamer Bahn gehört zu jenen Bahnen, deren Erwerb von vornherein in Aussicht genommen war, sie mußte aber von der Vorlage abgesetzt werden, weil der Vertrag seitens der ersten Generalversammlung der Aktionäre abgelehnt wurde. Nachher sind Schritte geschehen sowohl seitens der Bahn als seitens der Regierung, um die Erwerbung ohne Veränderung der erst gemachten Konzessionen möglich zu machen. Es wurde dabei sorgfältigst geprüft, ob die Zeitverschiebung des Umtausches der Aktien gegen Konsols ohne Nachtheile für Staatskasse und Staatskredit möglich sei, und nachdem diese Frage zu bejahen war, hat die Staatsregierung es nicht für unzulässig erachtet, eine neue Generalversammlung über die Frage sich schlüssig machen zu lassen.

Abg. Windthorst: Wir im Zentrum hatten keine Veranlassung der Frage nach der Verstaatlichung weiterer Bahnen in der Kommission näher zu treten, da wir eine grundsätzlich ablehnende Haltung in dieser Frage einnehmen. Das wäre Sache der Majorität gewesen. Nach Miquel's beredten Worten hätte ich allerdings, wenn auch nicht einen Stillstand, doch ein langsameres Tempo in den Ankaufsverhandlungen erwartet, die für den Geldmarkt eine außerordentlich wichtige Frage sind.

Minister Maybach: Auf Seite 83 der Motive der Vorlage sind die zum Ankauf beabsichtigten weiteren Bahnen aufgezählt. Die Regierung hat also aus ihrer Anschauung durchaus kein Hehl gemacht. Die Sache liegt so: Bezüglich der Anhalter Bahn sage ich, daß das Haus sich mit einer Vorlage in dieser Session nicht mehr zu befassen haben wird, weil nach den Statuten der Bahn ein so langer Zeitraum zwischen den einzelnen Generalversammlungen erforderlich ist, daß der Spätsommer herankommen würde, selbst wenn wir über die Bedingungen einig wären, was nicht der Fall ist. Bezüglich Berlin-Potsdam-Magdeburg wird Ihnen bald nach Ihrem Wiederzusammentritt eine entsprechende Vorlage zugehen. Bezüglich der Rheinischen Bahn ist es fraglich, ob wir in der Lage sein werden, Ihnen noch in dieser Session eine Vorlage zu machen, weil wir über die Bedingungen noch nicht einig geworden sind. Sollten wir mit diesen drei Unternehmungen, mit denen wir uns in dieser oder in der nächsten Session zu befassen haben, zu Stande kommen, so hält die Staatsregierung die Durchführung des Staatsbahnsystems in der Hauptsache für beendet. Gerüchte, welche die Spekulation geschäftig ausstreut und welche bald diese bald jene Unternehmung in Verkaufs-Verhandlungen mit dem Staate treten lassen, bitte ich als solche, als Gerüchte zu Spekulationszwecken zu betrachten. Die Staatsregierung hat sich in weitere Verhandlungen nicht eingelassen.

Abg. Richter: Der Minister hat schon früher einmal den Kreis seiner Pläne — und zwar in sehr kurzer Zeit — erweitert. Im Sommer wurde hochoffiziell versichert, man dächte gar nicht daran, die Rheinische und die Anhalter Bahn in den Kreis der Erwerbungsprojekte hineinzuziehen; — gleich darauf wurde ebenso hochoffiziell das Gegentheil versichert. Der Minister verweist auf die Motive; zwischen der Abfassung der Motive und heute liegt aber die Rede des Abg. Miquel, in der er im Namen der Majorität dem Wunsch nach einer Pause Ausdruck gab, der nicht berücksichtigt wurde. Bei der Potsdamer Bahn macht sich die höhere Forderung gegen früher nur in Beschränkung der Umtauschfrist in Konsols bemerkbar, bei der Rheinischen aber hat die Regierung die Initiative ergriffen und statt 6 pCt. plötzlich 6½ pCt. geboten. Und diese Erhöhung ist den Börsenkreisen durchaus nicht unerwartet gekommen; in der Nähe des sogenannten Giftbaumes richtete man sich schon im Oktober auf 6½ pCt. ein. Wer hier der Witterung der Börse mehr geglaubt hat, als den offiziösen Versicherungen, hat dabei ein sehr gutes Geschäft gemacht.

Abg. v. Hammerstein findet das rasche Vorgehen der Regierung in der Verstaatlichungsfrage ganz in der Ordnung, nur so könnten die Vorzüge dieses Systems ganz zur Geltung kommen.

Abg. Berger erinnert sich einer privaten Aeußerung eines hervorragenden Konservativen, sie würden nach Bewilligung der zur Diskussion stehenden Bahnen mindestens 5 Jahre warten, um den wirthschaftlichen und finanziellen Effekt zu prüfen, ehe sie weiteres bewilligten. Nachdem man die erste Milliarde verausgabt, wolle man, da der bekannte Giftbaum sich als willfährig gezeigt, auch an die zweite gehen und sich in das Bett, das die Börse und die Wahlen bereitet haben, vollständig hineinlegen. Wenn die Majorität noch diese weitere Verantwortlichkeit übernehmen zu können glaube, möge sie es thun.

Abg. Miquel: Ich habe nicht im Namen meiner Partei, sondern nur in meinem eigenen den Wunsch geäßert, daß man vorläufig mit den Ankäufen von Bahnen nicht weiter vorgehe und wünsche auch heute noch, daß man abwartet, wie sich die finanziellen Resultate der erworbenen Bahnen stellen.

Minister Maybach: Wir haben Ihnen mit aller Offenheit gesagt, daß wir in weiteren Unterhandlungen ständen; einen Vorwurf kann man uns deswegen nicht machen. In den Worten des Abg. Miquel bei der ersten Lesung habe ich kein absolutes Veto gegen ein weiteres Fortschreiten erblicken können. Wollen wir einmal ein System inauguriren, dann muß es wirksam geschehen; denn wirthschaftliche und finanzielle Vortheile wachsen mit der Arrondirung.

Abg. v. Rauchhaupt: Der Abg. Berger hat eine Indiskretion begangen, indem er ein Privatgespräch hier im Hause mittheilte. Dies wird den Mitgliedern der konservativen Partei zeigen, wie weit man sich mit Herrn Berger überhaupt noch unterhalten kann. (Große Unruhe links.)

Abg. Richter: Jedenfalls hat der Urheber der von Berger zitirten Aeußerung von seinem konservativen Standpunkt aus einen weiten staatsmännischen Blick gezeigt. (Heiterkeit.) Es wäre doch gut, dem Eisenbahnminister gegenüber den finanziellen Standpunkt etwas mehr zu vertreten. Die Erklärung des Abg. v. Hammerstein beunruhigt mich nicht, wenn nur Miquel bei seiner Ansicht bleibt; sein Einfluß wird wohl ausreichendend sein, um weitere Ankäufe zu verhindern. Was das Arrondiren betrifft, so kauft man 18,000,000 Braunschweiger Aktien mit der Berlin-Potsdamer Bahn, dann hat man den größten Theil der Braunschweiger Aktien; der Rest befindet sich im Besitz der Bergisch-Märkischen Bahn nnd wenn man diesen Rest erwirbt, dann sagt man, nun schließt sich die Bergisch-Märkische Bahn naturgemäß an, und die spekulirt schon ganz gehörig darauf. Mir ist glaubwürdig mitgetheilt, der Erfolg der Verhandlungen mit der Rheinischen Bahn hinge davon ab, daß die Regierung die Dortmund-Enscheder Bahn mitkaufe. Die Diskontogesellschaft soll die meisten oder alle Aktien derselben besitzen, sie ist wiederum in der Lage durch die in ihrem Besitz befindlichen Rheinischen Aktien über den Ankauf dieser Bahnen zu entscheiden und möchte bei dieser Gelegenheit die alten Ladenhüter Dortmund-Enschede an den Mann bringen. Ich spreche dies heute aus, weil ich nicht wünsche, daß eine ähnliche Verquickung wie zwischen Magdeburg-Halberstadt und Hannover-Altenbeken sich hier wiederhole.

Minister Maybach: Ich will nur erklären, daß die Absicht durch den Ankauf der Potsdamer Bahn und der in ihrem Besitz befindlichen 18,000,000 Braunschweiger Aktien den Erwerb der rheinischen Bahn vorzubereiten nicht entfernt vorliegt; auch der Erwerb von Dortmund-Enschede ist nicht beabsichtigt.

Abg. Windthorst: Die Regierung bleibt bei ihrer Ansicht, auch noch weitere Bahnen zu erwerben, stehen, während Miquel dies nicht wünschte. Es wäre aber zu wünschen, daß der Minister eine Definition von „System“ und „Arrondiren“ gäbe. Herr von Wedell glaubte erst im Reichseisenbahnsystem alle Vortheile zu erblicken und ich möchte sagen, daß das System erst vollendet ist, wenn alle europäischen Bahnen in einer Hand vereinigt sind. Der Appetit ist beim Essen gekommen und man wird nicht eher aufhören, als bis man alle Eisenbahnen im preußischen Staatsgebiet angekauft hat; ich möchte nur wünschen, daß man dies nicht in einem Tempo thut, das alle Geldverhältnisse des Landes auf den Kopf stellt.

Abg. Baare führt aus, daß die Industrie, als Hauptbefrachter der Bahnen sich anfänglich gegen die Staatsbahnen erklärt habe, weil diese die Konkurrenz beseitigen; sie habe sich aber mit dem Gedanken schließlich befreundet. Berlin-Potsdam und Rheinische würden dem Staate keine Gefahr, sondern nur großen Nutzen bringen. Die allerdings kolossale Vermehrung der Staatsschuld habe keine Gefahr, da dieselbe auf rentablen Unternehmungen basire. Ein englischer Bankier habe dem Redner gesagt, unsere Konsols würden einen Weltmarkt haben, wenn sie nicht in so geringem Betrage vorhanden wären. Es müßten Zinszahlstellen in London und Amsterdam errichtet werden, um die Anlage ausländischer Kapitalien in Konsols zu ermöglichen. Redner weist schließlich den Versuch Richter's und Windthorst's zurück, durch die Aeußerung Miquels die ganze Fraktion als gebunden zu erachten; darin täuschten sie sich entschieden.

Finanzminister Bitter: Ich bin dem Vorredner dankbar für seine Bemerkungen; aber ich denke gar nicht daran den ausländischen Markt für unsere Konsols aufzusuchen. Wir brauchen ihn, Gott sei Dank, nicht. Sollten wir dahin gedrängt werden, so würden wir in die Reihen der Staaten treten, die in ihren eigenen Verhältnissen nicht Kraft genug finden, ihren Kredit aufrecht zu erhalten; ich erinnere z. B. an die Türkei. (Große Heiterkeit.) Dazu liegt keine Veranlassung vor.

Abg. Richter: Der Herr Finanzminister möge es mir verzeihen, aber in der preußischen Finanzgeschichte scheint er doch noch gar keine Kenntniß zu haben. (Unruhe rechts.) Wenigstens soll man draußen wissen, daß in der Landesvertretung etwas mehr Kenntniß vorhanden ist. Der Minister müßte wissen, daß 1820 der spätere Minister Rother nach London geschickt wurde, um für die damals eingeführten Staatsschuldscheine einen Stützpunkt an dem englischen Markt zu suchen. Im Jahre 1870 wurde ein großer Theil unserer Kriegsanleihe in England untergebracht; um sie dort coursfähig zu machen, waren die Stücke in englischen Pfunden berechnet. Solche Zeiten können wiederkehren und wenn der Minister den preußischen Kredit mit Milliarden neuer Schulden belastet, dann sollte er ihm auch den Geldmarkt weiter zugänglich zu machen sich angelegen sein lassen. Diese Frage ist nicht mit den allgemeinen Redewendungen, in denen der Herr Finanzminister überhaupt sich zu bewegen liebt, abzumachen. (Große Unruhe.) Ja, meine Herren, es muß gesagt werden: haben wir jemals einen Finanzminister gehabt, der so wenig auf die Sache selbst eingeht und sich so sehr in allgemeinen Redewendungen bewegt? (Unruhe.) Durch Bravo's oder Zeichen der Entrüstung wird sich doch Niemand, der sich mit einer so schwerwiegenden technischen Frage vielfach beschäftigt hat, in der Diskussion irretiren lassen. Die Frage der Erweiterung des Geldmarktes ist durchaus noch nicht abgeschlossen. Herr Baare ist in der nationalliberalen Partei noch zu neu, um, wenn er per „wir“ spricht, ihre Haltung zu bestimmen. Der Abg. Miquel bedarf am wenigsten für das, was er zu thun und zu lassen hat, der Fürsprache eines Hospitanten der Fraktion. Was den angeblichen Aufschwung betrifft, so haben die preußischen Staatsbahnen im Oktober d. J., welchen Monat der Finanzminister als den Monat des Aufschwungs bezeichnet hat, trotz vermehrter Kilometerzahl um 250,000 Mark weniger als im Oktober vorigen Jahres eingetragen. Köln-Minden, Magdeburg-Halberstadt und Hannover-Altenbeken haben ebenfalls entgegen der Aeußerung des Herrn Baare im Oktober d. J. einen Rückgang in ihren Einnahmen aufzuweisen, nur Berlin-Stettin hat eine Zunahme wesentlich in Folge der Kartoffelausfuhr, aber diese Zunahme deckt noch nicht zur Hälfte den Ausfall bei den drei anderen Bahnen, die der Staat jetzt erwerben soll. Herr Baare hat im Namen der Industrie gesprochen: wir, soweit wir große Städte und Zentren der Industrie vertreten, machen umgekehrt die Erfahrung, daß die Besorgnisse vor der Schädigung der Industrie in dem Maße wachsen, als die Verstaatlichung der Bahnen fortschreitet. Herr Baare spricht im Namen der Eisen- und Montan-Industrie: Herr Berger, der mitunter dasselbe thut, vertritt die entgegengesetzte Eisenbahnpolitik und warnt noch heute vor allzurascher Verstaatlichung. Die beiden Herren, die in demselben Wahlkreis gewählt sind, neutralisiren sich hier, und die Wähler müssen entscheiden, wo der wahre Vertreter der Industrie ist. (Heiterkeit.) Noch eine persönliche Bemerkung dem Herrn Eisenbahnminister gegenüber. Auf meine sachlichen Einwendungen erklärt er einmal, daß er nicht heute, sondern morgen antworten werde; morgen antwortet er auch nicht. Heute will er mir nicht antworten, weil ich ihn persönlich angegriffen habe. Ich rufe aber das Haus zum Zeugen an, daß ich lediglich den modus procedendi bei der Verstaatlichung kritisirt habe. Hält er das in einer gewissen Animosität für einen persönlichen Angriff, so beweist das, daß er sachlich etwas zu erwidern nicht im Stande ist.

Finanzminister Bitter: Ich habe nicht geglaubt, auf die Finanzgeschichte von 1820 und 1870 zurückgehen zu sollen, sondern nur von den preußischen Konsols in ihrer jetzigen Gestalt gesprochen und bleibe bei dem, was ich gesagt. Dem Abg. Richter werde ich auf seine persönliche Bemerkung in keiner Weise antworten. (Beifall rechts. Heiterkeit links. Abg. Richter: Der kleine Bismarck!) Wenn die Verhältnisse darauf hindrängen sollten, werde ich ihm mit Vergnügen meinen Platz räumen. (Beifall rechts. Abg. Richter: Schlechte Erbschaft! Große Heiterkeit.)

Abg. Miquel: Im Allgemeinen würde ich mich auf den Stand-

punkt des Abg. Richter stellen; in diesem Falle aber nicht, da es sich nicht um Neubeschaffung von Kapitalien, sondern nur um Konvertirung schon vorhandener handelt.

Abg. Baare: Der Abg. Richter versteht es, den Rednern die Worte im Munde zu verdrehen. (Unruhe links.)

Präsident v. Köller erklärt den Ausdruck „Verdrehen" für unparlamentarisch und ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall links.)

Abg. Baare: Der Abg. Richter hat gesagt, ich hätte von meinem Einfluß auf die nationalliberale Partei gesprochen, während ich kein Wort davon gesagt, sondern nur bemerkt habe, die Aeußerung des Abgeordneten Miquel binde nicht die ganze Fraktion. Ich erblicke in der Interpretation Richters eine Verdrehung und möchte bitten, nach dieser Aufklärung den Ordnungsruf zurückzunehmen. (Unruhe.)

Präsident v. Köller: Ich habe den Ordnungsruf für nöthig gefunden und finde mich nicht veranlaßt, denselben zurückzunehmen. (Beifall.)

Abg. Baare: Ich hege doch die Ueberzeugung, daß meine Anschauung richtig ist.

Präsident v. Köller: Ich muß bitten, diese Ueberzeugung für sich zu behalten; Sie haben sich dem Ordnungsrufe zu fügen.

Abg. Baare: Der Abg. Richter hat dann gesagt, ich habe mich als bescheidener Industrieller aufgespielt; das ist nicht richtig, denn als Industrieller bin ich gar nicht bescheiden (Heiterkeit), sondern maße mir sogar Verständniß in Finanzsachen an. Der Aufschwung der Industrie in den westlichen Provinzen wird dadurch bewiesen, daß statt 3600 Waggons im Monate Oktober 1878, im letzten Oktober 4000 Waggons auf der Rheinischen und Köln-Mindener Eisenbahn gebraucht wurden.

Abg. Windthorst: Ich bin mit dem Finanzminister einverstanden, wenn er sich bestreben will, die bevorstehende Operation auf den eigenen Kredit des Landes hin durchzuführen; wir müssen vom Auslande finanziell möglichst unabhängig sein. Ich fürchte aber, daß aus der Verstaatlichung ein so bedeutendes Engagement des Staatskredits folgt, daß, wenn einst auswärtige Gefahr droht und die Millionen im Juliusthurm verzehrt sind, wir schwerlich weiteres Geld finden würden. (Sehr richtig! links.) Was die Angriffe auf den Finanzminister betrifft, so habe ich mich immer über seine Unumwundenheit und Offenheit gefreut, die ich manchem seiner Kollegen wünsche. Ich freue mich, daß die Diskussion gezeigt hat, welche Gefahr es mit sich bringt, wenn der Staat fort und fort sozialistisch alle Betriebsamkeit und alle Gewerbe in seiner Hand konzentrirt.

Abg. Berger bemerkt persönlich, daß die Aeußerung eines Konservativen ihm unaufgefordert gemacht sei und er glaube, da er den Namen nicht genannt, keine Indiskretion begangen zu haben.

Nr. 1 des § 1 wird genehmigt.

Die Nr. 2 des § 1 (Magdeburg-Halberstadt) beantragt der Abg. v. Ludwig ebenso wie Nr. 3 (Hannover-Altenbeken) abzulehnen, denn er habe seit der zweiten Lesung gelernt, daß die eine ohne die andere nicht zu erwerben sei. Welche Unsauberkeiten in der Hannover-Altenbekener Bahn vorgekommen seien, ergebe der offizielle Untersuchungsbericht. Zu bedauern sei nur, daß durch die Bocksprünge Laskers der Bericht so verdunkelt und der Wille des Königs, nach welchem nicht nur die Sache, sondern auch die Personenfrage untersucht werden sollte, nicht zur Ausführung gekommen sei.

Abg. Grumbrecht: Der Untersuchungsbericht ergiebt, daß die Personen, welche man ursprünglich verdächtigt hatte, ganz intakt sind. Ob andere untergeordnete Personen, zu denen ich auch Strousberg rechne, Vorwürfe verdienen, kommt nicht in Betracht; ich könnte in der Hinsicht Namen nennen, die in ganz andere Kreise hineinreichen. Der Ankauf der Aktien für den Invalidenfonds war durchaus gerechtfertigt. Es muß den Verleumdungen, die Personen, welche sie nicht verdienen, treffen, entgegengetreten werden. Dem Abgeordneten v. Ludwig aber werde ich auf seine Angriffe nicht antworten.

Abg. v. Ludwig verwahrt sich dagegen, daß man seine Ausführungen Verleumdungen nenne.— Der Präsident konstatirt, daß dies nicht geschehen sei.

Zu Nr. 3 bemerkt Abg. v. Ludwig, daß der Ankauf der Hannover-Altenbekener Prioritäten für den Invalidenfonds zu einer Zeit erfolgt sei, wo man die Sicherheit nicht beurtheilen konnte. Durch die beabsichtigte Konvertirung von 4½prozentigen in 4prozentige Papiere würden die Invaliden geschädigt.

Die Paragraphen 1 und 2 werden unverändert genehmigt; es folgt Paragraph 3.

Abg. Richter: Hält sich die königliche Staatsregierung für ermächtigt, alle irgendwie den jetzt angekauften Bahnen ertheilten Konzessionen zum Bau neuer Linien auszuführen, ohne eine besondere Ermächtigung des Landtags dazu zu bedürfen?

Minister Maybach: Die Konzessionen sind den Gesellschaften im öffentlichen Interesse ertheilt und legen ihnen zugleich die Pflicht auf, den Bau auszuführen. Diese Verpflichtung übernimmt der Staat beim Erwerb der Bahnen, er muß also die konzessionirten Linien zur Ausführung bringen.

Abg. Richter: Der Minister erklärt sich für ermächtigt, die zu ihrer Durchführung 50 Millionen Mark Kapitalanlage erfordernden Konzessionen der vier Bahnen nach Annahme dieses Paragraphen ohne Weiteres auszuführen bezw. nicht auszuführen, weil diese Konzessionen im öffentlichen Interesse ertheilt worden seien. Dagegen hat der Minister früher erklärt, daß es noch gar nicht feststände, in wie weit diese Bauten, die im öffentlichen Interesse liegen sollen, ausgeführt werden müßten, und giebt in den Motiven zu, daß manche neue Linie, die vormals Bedürfniß erschien, bei Konsolidirung des Staatsbahnsystems aufhören kann, Bedürfniß zu sein. Er behält sich also ausdrücklich die Entscheidung über Ausführung oder Nichtausführung vor, uns aber will er daran nicht Theil nehmen lassen. Es kommt doch auch die Zeit der Ausführung in Betracht, die wir ganz dem Minister überlassen sollen. Sodann ist zu erwägen, daß von den hier in Betracht kommenden Linien noch gar nicht einzeln die Rede gewesen ist. In dem Maße, wie Sie die Vollmacht zu neuen Linien ertheilen, beschränken Sie sich die Mittel, andere, vielleicht ganz zweckmäßige Bahnen zu bauen und Sekundärbahnen zu unterstützen. Mein Standpunkt ist der, für die Linien, die schon im Bau begriffen sind, die Mittel zum Ausbau zu bewilligen; bei Linien aber, über deren Zweckmäßigkeit und Zeitpunkt des Baues man verschiedener Meinung sein kann, meine Entschließung zu reserviren, bis ich über diese einzelnen Linien vollständig informirt bin.

Abg. Hammacher ist mit dem Abg. Richter darin einverstanden, daß die Regierung zum Bau neuer Linien einer besonderen Vollmacht bedürfe, glaubt aber, daß man hier von der prinzipiellen Frage absehen könne, da die in Rede stehenden Bauten schon alle in Angriff genommen seien, mit Ausnahme der von Hildesheim nach der Braunschweigischen Landesgrenze, für welche jedoch schon Vorarbeiten gemacht seien, während auf Braunschweigischem Gebiete die Bahn halb fertig gestellt sei.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Brefeld führt ebenfalls aus, daß die Frage materiell ohne Bedeutung sei, weil der Bau der Bahnen schon in Angriff genommen.

Abg. Richter: Wenn wir heute auch schon thatsächlich übersehen könnten, daß die hier in Rede stehenden Linien sämmtlich aus Staatsmitteln gebaut werden müssen, wird hier doch nicht die Form vorgeschlagen, um dieser Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Mag die Regierung im Etat die Neubauten näher begründen und die Vollmacht nachsuchen, aber für die Bewilligung von 50 Millionen Mark blos der Versicherungen und Erklärungen Hammacher's und des Regierungskommissars wegen ist doch kein Präzedenzfall vorhanden. Das Mindeste, was Sie thun können, ist Loslösung dieses Paragraphen vom Gesetze und Zurückverweisung in die Esenbahnkommission.

Abg. v. Rauchhaupt: In den Spezialberichten ist genau angegeben, welche Verpflichtungen zu Neubauten die Regierung übernimmt. Damit sollten die Bedenken des Abgeordneten Richter beseitigt sein.

Abg. Richter: In den Motiven der Regierungsvorlage ist ausdrücklich die Frage vorbehalten, ob man nicht von dem Bau einzelner Linien Abstand nehmen kann, weil durch die Erweiterung des Staatsbahnsystems die Bedürfnißfrage in eine andere Richtung kommt.

Vor der Abstimmung bemerkt Abg. Richter, daß sein Zweck, den § 3 von dem Gesetz loszulösen, schon durch die Ablehnung erreicht werde und er deshalb seinen Antrag auf Ueberweisung an die Kommission zurückziehe.

Der § 3 wird angenommen; desgleichen die §§ 4—7.

Zu § 8 wünscht Abg. Grumbrecht von der Regierung eine Erklärung, dahin gehend, daß § 8 nicht nur in dem Falle des Uebergangs des Eigenthums dieser Privatbahnen an den Staat, wie man vielleicht nach dem Wortlaut glauben könne, sondern auch schon in dem Falle der bloßen Verwaltungsübernahme durch den Staat Geltung haben solle. Ferner wünscht er eine Erklärung, ob die Regierung diesen Paragraphen so interpretire, daß auch die Kommunalsteuerverhältnisse der Beamten dieser Privatbahnen bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung unverändert bleiben sollen. Sei dies nicht der Fall, so müßte im Herrenhause ein dahin gehender Antrag gestellt werden.

Reg.-Komm. Brefeld: Es liegt im Sinne des § 8, daß eine Verschlechterung des Zustandes der Kommunen nicht eintritt. Auf die Beamten bezieht sich der Paragraph nicht; das bleibt der künftigen gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Abg. Grumbrecht behält sich vor, weitere Schritte in der Kommunalsteuerkommission zu thun.

Abg. Hammacher: Die Regierungskommissare haben in der Kommission wiederholt erklärt, daß durch die Uebernahme der Verwaltung durch den Staat die Bahnbeamten noch nicht Staatsbeamten werden.

Die §§ 8, 9 und 10 und das ganze Gesetz werden angenommen und die eingegangenen Petitionen für erledigt erklärt.

Die Berathung der Resolutionen wird fortgesetzt. Unter B. II. sind die Vorschriften über die Bildung des Landeseisenbahnrathes und der Bezirkseisenbahnräthe enthalten. Die Letzteren sollen durch Wahlen der Provinzialinstanzen nach Anhörung der landwirthschaftlichen Vereine und der Handelskammern zusammengesetzt werden.

Abg. Lauenstein beantragt dieselben aus Wahlen hervorgehen zu lassen, ohne über das Wahlkollegium zu beschließen.

Abg. v. Minnigerode spricht sich dagegen aus, daß der Landtag in dem Landeseisenbahnrath vertreten sein soll, weil dadurch ein politisches Element in diesen Sachverständigenrath komme, und die betreffenden Mitglieder das Haus für die von ihnen einmal eingenommene Stellung gewissermaßen engagiren würden. Es läge hierin auch eine bedenkliche Einmischung des Hauses in die Exekutive.

Abg. Lauenstein glaubt jedoch, daß durch die Betheiligung des Parlaments der Landeseisenbahnrath in seiner Autorität gestärkt werde, und wünscht nur, daß man in Bezug auf die Wahl der Mitglieder der Bezirkseisenbahnräthe heute keinen präjudiziellen Beschluß fasse. Die Provinzialausschüsse seien jedenfalls wegen ihrer politischen Bedeutung und des Ueberwiegens des ländlichen Elements nicht zur Vornahme der Wahl geeignet, und die Wahl durch die landwirthschaftlichen Vereine und Handelskammern wohl möglich.

Abg. Dr. Loewe: Nur durch die Eisenbahnräthe wird die Dezentralisation der Verwaltung ermöglicht, und den Provinzialbehörden auch dem Minister gegenüber ein gewisser Halt gegeben. Die Betheiligung des Parlaments am Landeseisenbahnrath halte ich nicht für rathsam, weil wir dadurch dem Minister einen Theil seiner Verantwortlichkeit nehmen. Der Minister muß das kaufmännische Element unter den Beamten, das die Privatbahnen vor den Staatsbahnen voraus haben, wie bei der Post sich dadurch verschaffen, daß er Beamten Gelegenheit giebt, von unten auf bis in die höchsten Stellen aufzurücken.

Abg. v. Wedell-Malchow: Der Hauptgrund für die Einführung der Eisenbahnräthe liegt in der Befürchtung, daß ein gewisser Schematismus und bureaukratischer Zug in die Verwaltung komme. Wenn die Handelskammern und wirthschaftlichen (d. h. vie landwirthschaftlichen und industriellen) Vereine die Bezirkseisenbahnräthe wählen, so fürchte ich, daß die Interessen der weniger bemittelten Klassen doch nicht vertreten sind. Wir müssen ein Medium finden, und haben vorläufig kein besseres als die Provinzialausschüsse. Das Parlament muß im Landeseisenbahnrath vertreten sein, um in dem wilden Interessenkampfe, der sich dort entwickeln könnte, das Interesse der Gesammtheit wahrzunehmen.

Abg. Rickert: Ich konstatire, daß man in diesen Garantien allerdings allseitig plausible Ideen findet, die zu einem Gesetze zu verwerthen sind. In Bezug auf dieses behält sich aber jeder freie Hand, nur die Regierung soll gebunden sein. Ich halte es aber nicht förderlich für die Autorität der Regierung, daß man sie zwingt, bei der Vorlage eines Gesetzes in allen Details diesen Resolutionen folgen zu müssen, deren Haltbarkeit sie hier doch nicht eingehend prüfen konnte. Der Abg. Miquel hat gestern auch konstatirt, daß sogar die angegebenen Ziffern, die ich für sehr unglücklich gewählt halte, in Zukunft uns nicht binden sollen. Weshalb machen Sie diesen spezialisirten Vorschlag? Wir haben das Ziel der Resolution schon durch die Initiative des Eisenbahnministers in den Gutachten der Bezirkseisenbahnräthe, die vollständig zweckentsprechend fungiren, erreicht. Der ganze Bericht ist von dem Bedenken durchzogen, daß die Hoffnungen, welche ein großer Theil der Bevölkerung an die Verstaatlichung der Eisenbahnen knüpft, die Hoffnung des billigen Fahrens und der billigen Transporttarife sich nicht erfüllen. Für diese Tarifermäßigunsräthe wählen Sie aber nicht die richtigen Elemente. Der Abg. v. Wedel-Malchow hat uns vor der Gefahr der Interessenvertretung und vor den landwirthschaftlichen Vereinen gewarnt. Mit Ausnahme von elf Vertretern des Landtages und der Minister ist aber das ganze 40 Köpfe zählende Eisenbahnparlament aus solchen Interessenvertretern zusammengesetzt; diese haben also in allen Fragen die Majorität. Wesalb sollen wir heute schon über spezielle Paragraphen abstimmen? Durch den Landeseisenbahnrath und den Bezirkseisenbahnrath wird man höchstens Institutionen schaffen, durch die der Eisenbahnminister seine Verantwortung deckt, und die Behörden und Instanzen, über deren Zunahme ewig geklagt wird, noch vermehren. Auch ist eine Konfusion in den Behörden, eine Verwicklung mit dem in Aussicht genommenen Reichseisenbahnrath und Gerichtshof für Eisenbahnwesen sehr wahrscheinlich. Ich bitte Sie, die ganze Resolution zu verwerfen, denn sie giebt nach keiner Richtung hin Garantie, sondern schafft nur komplizirte Organe und macht Kosten.

Abg. Stengel: Der Landeseisenbahnrath könnte ein kleines Sachverständigenkollegium sein, das durch königliche Verordnung eingesetzt werden müßte. Die Kommission hat eine Interessenvertretung durch eine große Versammlung vorgezogen, es soll aber das objektive Element durch die Parlamentsmitglieder darin vertreten sein. Ich halte dies nicht für der Würde der Landesvertretung entsprechend.

Referent Abg. Hammacher tritt für die Kommissionsvorschläge ein; wenn man die Eisenbahnräthe einmal wolle, dann müsse man sie auch gesetzlich fixiren. Nicht blos Tarifherabletzungen sollten dieselben herbeiführen, sondern sie sollten die Beiräthe der Eisenbahnverwaltungen in allen Angelegenheiten sein und würden vorzugsweise dazu beitragen, die einseitigen Anschauungen der Transportinteressenten aus der Welt zu schaffen.

In der Abstimmung wird die Resolution über die Bildung der Eisenbahnräthe angenommen; über den Passus, betr. die Theilnahme der Häuser des Landtages an dem Landeseisenbahnrath findet eine besondere Abstimmung statt, welche die Annahme desselben mit 185 gegen 183 Stimmen ergiebt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Interpellation Wierzbinski, kleinere Vorlagen und Feld- und Forstpolizeigesetz.)

---

3. Sitzung des Herrenhauses.

1 Uhr. Am Ministertische: Friedberg und Geh. Rath Fastenau.

Neu berufen sind: Oberbürgermeister Mölling in Kiel, Oberbürgermeister Struckmann in Hildesheim und v. Pfuel für den alten und befestigten Grundbesitz des Landschaftsbezirks Barnim; gestorben sind: Graf v. Ballestrem und v. d. Knesebeck. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. In Folge Niederlegung seines Amtes ist der Stadtrath Richter in Memel ausgeschieden.

Das Haus tritt in die einmalige Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874.

Artikel 4 zählt eine Reihe der Fischerei gefährlicher Thiere auf, deren Fang und Tödtung ohne Schußwaffen den Fischereiberechtigten gestattet sein soll.

Fürst Hatzfeldt beantragt in diesem Artikel die „Möven" zu streichen, weil sie als Vertilger schädlicher Insekten sehr nützlich sind. Fürst v. Lichnowsky unterstützt diesen Antrag, worauf derselbe trotz des Widerspruchs des Referenten v. Behr-Schmoldow angenommen wird und mit dieser Aenderung Art. 4.

Der Referent beantragt der Vorlage einen Artikel 5 hinzuzufügen, wonach zum Schutze der Fische gegen die Beschädigungen durch Turbinen die Minister für Handel und Landwirthschaft die Herstellung und Unterhaltung geeigneter Vorrichtungen (Gitter u. s. w.) auf Kosten des Eigenthümers rücksichtlich solcher Turbinen jederzeit anordnen können, welche nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angelegt werden.

v. Rath wünscht dieselbe Bestimmung auf Wasserräder auszudehnen.

Regierungskommissar Geh. Rath Fastenau erklärt sich für den Antrag des Referenten in etwas modifizirter Form, dagegen bittet er den Antrag v. Rath als zu weitgehend abzulehnen. Gleicher Ansicht ist Graf Brühl.

Art. 5 wird nach Ablehnung des Antrages v. Rath in der von der Regierung gewünschten Form angenommen.

Das Eisenbahngesetz ist vom Abgeordnetenhause eingegangen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

Politische Uebersicht.

Posen, 13. Dezember.

In der Unterrichtskommission gelangte vorgestern Abend der Bericht über die elbinger Simultanschulen zur Verlesung. Vom Korreferenten Abg. Dr. Gneist wurde hervorgehoben, daß die fünf Punkte, deren er in der Kommission Erwähnung gethan, im Berichte des Referenten nicht zur Geltung kämen. Auf eine Korrektur des Berichtes müsse er Verzicht leisten und er beantrage, daß sein Referat dem Berichte als Rechtsgutachten beigefügt werde. Der Referent Graf Clairont erwiderte, daß das Protokoll die gepflogenen Verhandlungen ganz ungenügend wiedergebe nnd er sich bei Abfaffung seines Berichts auf sein Gedächtniß habe verlassen müssen. Die Kommission möge den Korreferenten ersuchen, sein Referat selbst zum Berichte zu geben. Auf Antrag des Abg. Dr. Brüel beschloß die Kommission, daß das Referat Gneist's mit einer einleitenden Bemerkung dem Berichte hinzugefügt werde. — Eine interessante Diskussion rief die Petition hervor, welche die Einführung der russischen Sprache in den Realschulen 2c. verlangt. Der Referent Abg. Dr. Bergenroth beantragt Uebergang zur Tagesordnung mit dem Motiv, daß wir schon genug der Disziplin besäßen und durch den russischen Sprachunterricht nur eine Beläftigung der Schüler herbeigeführt werde. Graf Clairont, Landrath an der schlesisch-russischen Grenze, befürwortet die Petition, er beruft sich auf seine Erfahrung und wünscht wenigstens fakultative Ertheilung der russischen Sprache. Abg. Kantak plaidirt für Wiedereinführung der polnischen Sprache, weil diese als Sprache an der Grenze besser zu gebrauchen sei. Abg. Gneist weist auf die Nothstände der russischen Grenzplackereien hin, er will die Entscheidung über die Petition der Regierung überlassen; er beantragt Tagesordnung, jedoch mit einem schriftlichen Bericht an das Haus. Abg. Brüel beantragt die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. Abg. Dr. Langerhans meint, daß die preußische Regierung mit der ihr befreundeten russischen Regierung in Verhandlungen treten müsse. Schließlich wird der Antrag Gneist, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, dem Hause jedoch schriftlichen Bericht zu erstatten, angenommen. (Das fehlte gerade noch, daß die Kinder auch noch mit Russisch gequält werden sollen!)

Bei der durch die Berufung des vielgenannten Canovas del Castillo an die Spitze der Geschäfte beendeten Ministerkrisis in Spanien scheinen doch noch andere Dinge mitgewirkt zu haben, als blos die Frage wegen der kubanischen Reformen. Denn wie die „Correspondencia" von gestern meldet, haben 15 Generäle ihre Entlassungsgesuche eingereicht, welche wohl angenommen werden dürften. Das muß dem Kenner der spanischen Geschichte in hohem Grade bedenklich erscheinen. Wenn 15 Generäle sich verschwören bei dem Wiedereintritt Canovas del Castillo, des Königsmachers, ihren Abschied zu fordern — ohne daß kurze Zeit darauf ein Pronunziamento, ein Militärputsch erfolgte —, so wäre das in der neueren Geschichte Spaniens ein geradezu epochemachendes Ereigniß. Aber wie die Dinge jetzt zu liegen scheinen, darf man sich wohl auf demnächstige Volksbewegungen und ein oder das andere Pronunziamente gefaßt machen. Martinez Campos ist einer Interessenkoalition der kastilianischen Getreidehändler, der katalonischen Weinbergbesitzer und der kubanischen Plantagenbesitzer zum Opfer gefallen, die Liberalen, die Progressisten standen auf seiner Seite. Diese pflegen aber eine so eklatante Niederlage, wie sie jetzt durch den Sturz des Marschalls erfahren, nicht über sich ergehen zu lassen, ohne mit mehr oder minder erheblichen Volksdemonstrationen dagegen zu remonstriren. Auf Kuba wird die Insurrektion jetzt von Neuem ihr Haupt erheben, und es ist mehr als fraglich, ob die Regierung unter den so veränderten Umständen in der Lage ist, dieselben zu bewäl-

tigen. Auf die Versprechungen des neuen Kabinets werden die Kubaner nicht viel geben. Sie verlangen: Herabminderung der Zölle auf das amerikanische Getreide, um dem sehr theuren kastilianischen Getreide Konkurrenz machen zu können. Freie Einfuhr des Rohzuckers nach Spanien, wo sich eine starke Raffinerie-Industrie entwickeln würde, ferner eine starke Verminderung der Zölle auf raffinirten Zucker. Ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten; der Zucker der Antillen würde dadurch einen großen Markt gewinnen. Spanien kann ihn nicht allein konsumiren. Eine starke Verminderung der kubanischen Einfuhrzölle auf Manufakturen, auf Lebensmittel und fremde Weine. Die Kolonien hängen bisher ganz von dem Gutdünken der spanischen Lieferanten ab, welche ihre schlechten Waaren sich sehr theuer bezahlen lassen. Die Rheder, Kreolen wie Spanier, verlangen freie Kabotage zwischen dem Mutterlande und den Kolonien hin und zurück. Davon will die Koalition, welche das Ministerium Martinez Campos gestürzt hat, aber absolut nichts wissen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. **Berlin,** 12. Dezember. [Freikonservative und Klerikale. Die Verlängerung der Etatsperioden. Weitere Eisenbahnankäufe. Die Verwaltungsgesetze.] Der gestrige Zusammenstoß zwischen dem freikonservativen Abg. von Zedlitz und Herrn Windthorst hat von Neuem die Frage angeregt, ob eine erhebliche Veränderung in der neuen Stellung des Zentrums zur Regierung eingetreten sei. Bekanntlich erklärte Herr von Zedlitz es triumphirend für die politische Bedeutung der Annahme der Eisenbahnvorlagen, daß das Zentrum bei Seite gedrängt und die viel berufene konservativ-liberale Majorität definitiv gebildet sei. Es scheint indeß, daß Herr v. Zedlitz hierbei nur die heftige persönliche Feindschaft, welche zwischen den Freikonservativen und den Klerikalen besteht, geleitet hat. Daran wird allerdings nicht zu zweifeln sein, daß die Haltung der Nationalliberalen in der Eisenbahnfrage den Fürsten Bismarck nicht nur „befriedigt", sondern ihm auch den Wunsch nahe gelegt hat, möglichst dauernd so gute Beziehungen zu dieser Partei zu pflegen; andererseits aber hat er nicht den geringsten Anlaß, sofern das Zentrum selbst ihm nicht von Neuem den Fehdehandschuh hinwirft, dieser starken Partei in der Art, wie Herr v. Zedlitz es gestern andeutete, gewissermaßen den Laufpaß zu geben. Die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung kann die Unterstützung des Zentrums in gewissen Fragen sicherlich nicht entbehren, und darauf bezog es sich ohne Zweifel, wenn Herr Windthorst den freikonservativen Angreifer auf die Verhandlungen der nächsten Woche verwies; er hatte dabei jedenfalls die Elbinger Petition im Sinne, bei deren Verhandlung man allerdings die Konservativen und Klerikalen Schulter an Schulter gegen die Nationalliberalen wird kämpfen sehen. — Die vom Bundesrath mit der Vorberathung der Vorlage über die Verlängerung der Etats- und Legislaturperioden betrauten Ausschüsse haben jetzt ihren Bericht erstattet. Wie vorauszusehen war, geht derselbe auf Annahme der Vorschläge der Reichsregierung. Aus dem Wortlaut der letzteren ergiebt sich, daß nicht nur an der Feststellung je zweier Jahresetats im voraus festgehalten, sondern, daß auch die Abänderung der Reichsverfassung dahin vorgeschlagen wird, der Reichstag solle mindestens alle zwei Jahre, nicht wie jetzt alljährlich, berufen werden müssen. Ueber diesen Punkt herrschte bekanntlich, als die ersten Andeutungen über die Absicht der Regierung bekannt wurden, Zweifel; wenn sich jetzt herausstellt, daß in der That nicht die alljährliche Berufung des Reichstags Verfassungsrecht bleiben soll, so tritt die politisch-reaktionäre Bedeutung der geplanten Maßregel völlig klar hervor. Die Motivirung des Vorschlags, den Etat nicht mehr alljährlich, sondern für zwei Jahre im voraus festzustellen, ist, wie der Ausschuß sie liefert, eine überaus dürftige: sie bewegt sich lediglich um die Behauptung, daß dadurch eine Ersparniß an Zeit zu erreichen sei, während bekanntlich inzwischen von den verschiedensten Seiten, u. A. auch auf Grund der Erfahrungen, welche man in Staaten mit mehrjähriger Etatsperiode gemacht hat, das Gegentheil zahlenmäßig nachgewiesen worden ist. — Obgleich in den Verhandlungen mit der Rheinischen Eisenbahn sich eine Differenz — über die Höhe der Dividende für 1879 — herausgestellt hat, so ist doch nicht im Geringsten zu bezweifeln, daß der Kaufvertrag zu Stande kommen wird, und zwar wird es doch wohl so zeitig geschehen, daß das Abgeordnetenhaus nach den Ferien in der Lage ist, diesen Vertrag gleichzeitig mit dem mit der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn zu genehmigen. Für völlig ausgeschlossen halten wir sogar trotz der Zweifel, welche der Minister Maybach heute äußerte, nicht, daß die Anhaltische Eisenbahn die dritte im Bunde sein wird. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß der Widerstand der Verwaltungsorgane dieser Gesellschaft in Folge des Beispiels der Rheinischen, vielleicht auch in Folge schlechter Einnahmen während der letzten Monate sehr schwach geworden ist. Wenn der Minister sich, wie ein heutiges Börsen-Abendblatt wissen will, entschließt, sein Angebot ein wenig zu erhöhen, so wird der Verwaltungsrath, der, wie es scheint, nur den Wunsch hat, mit Ehren kapituliren zu können, vermuthlich darauf eingehen. Es scheint aber nicht ausgemacht, ob Herr Maybach nicht gerade an der Anhaltischen Eisenbahn ein Exempel in dem Sinne statuiren will, daß es nicht gerathen sei, sein erstes Angebot auszuschlagen. — In der gestrigen Besprechung des sogenannten Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses, in welcher beschlossen wurde, die erste Lesung der Verwaltungsgesetze bis nach den Ferien zu vertagen, wurde der Wunsch des Ministers des Innern, sie alsbald vorzunehmen, nur von liberaler Seite vertreten. Wenn die konservativen Blätter gestern Abend, wie auf eine gegebene Parole, für die erste Lesung vor Weihnachten eintraten, so ist dadurch nur um so eklatanter konstatirt worden, wie die Vorlagen des Ministers bei den Konservativen des Abgeordnetenhauses nicht diejenige warme Aufnahme gefunden haben, welche die Regierung natürlich wünschen muß. Die „Kreuz-Zeitung", welche der letzteren zwar auch den Gefallen that, gestern für die erste Lesung vor Weihnachten einzutreten, deutet heute Abend bereits sehr verständlich an, daß sie gegen die Beibehaltung der Grundlage der bisherigen Verwaltungsreform-Gesetze viel einzuwenden habe.

Locales und Provinzielles.

Posen, 13. Dezember.

↗ **Besitzveränderung.** Das bisher dem Kaufmann Kupferberg gehörige Grundstück, Schloßstraße 5, ist in den Besitz des hiesigen Landgerichtsraths Slawski, und zwar, wie man hört, für 150,000 Mark, übergegangen.

+ **Rogasen,** 11. Dezember. [Erstickt.] In einer hier wohnenden Arbeiterfamilie erstickte in voriger Nacht ein Mädchen durch Kohlendunst. Das Mädchen war früh Morgens noch aufgestanden, fiel jedoch betäubt zur Erde und gab sodann ihren Geist auf. Der Sohn der Familie ist am Leben geblieben. Der Arbeiter selbst befindet sich in einem so gefährlichen Zustande, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

C **Schönlanke,** 11. Dezember. [Jahrmarkt. Witterung. Wochenmarkt.] Gestern wurde hierselbst der diesjährige Weihnachtsmarkt abgehalten, welcher der Kälte wegen von den auswärtigen Käufern nur schwach, von den Verkäufern aller Art aber, insbesondere von den Schuhmachern, wie alljährlich, sehr stark besucht war. Die Einnahmen bei den Verkäufern waren daher nur schwach. — Auf dem Viehmarkte war auch nicht soviel Vieh, wie gewöhnlich aufgetrieben, namentlich bemerkte man nur einige Pferde und wenig Kühe. Für die letzteren wurden dessen ungeachtet nur geringe Preise erzielt, Schweine waren ziemlich stark vertreten. Diese kosteten durchschnittlich pro Zentner 30 Mark. Die kleineren Schweine waren nicht allzu theuer. — Die Kälte hat in den letzten Tagen bedeutend zugenommen, so daß wir am 9. d. M. 22 Grad R. hatten. Der Saat kam der Schnee gut zu Statten. Vorgestern Abend wurde der Glaser Wussow hier auf der Straße liegend vorgefunden und von zwei vorbeigehenden Personen nach dem hiesigen Polizeigefängniß geschafft. Als sie dort mit ihm angelangt waren, war er bereits steif gefroren; er wurde indeß ins Zimmer gebracht und kam bald wieder zu sich. — Die Regierung in Bromberg hat genehmigt, daß an den in Filehne stattfindenden beiden Wochenmarktstagen Schweine aufgetrieben werden dürfen.

Telegraphische Nachrichten.

Pest, 12. Dezember. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat der schwarze Körös-Fluß im Arader Komitate große Verheerungen angerichtet und mehrere Ortschaften in Trümmer gelegt. Die Bewohner flüchten in das Biharer Komitat. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 10,000 angegeben. Der Minister für Kommunikationen hat heute im Unterhause die Nachrichten über die durch das Wasser angerichteten Verheerungen bestätigt und die Versicherung hinzugefügt, daß von der Regierung Unterstützungsmaßregeln getroffen seien.

Madrid, 11. Dezember. Die Deputirtenkammer nahm eine Resolution an, durch welche dem Ministerium Canovas ein Vertrauensvotum ertheilt wird.

London, 12. Dezember. Ein Telegramm der „Times" meldet einen Zusammenstoß der englischen Truppen mit den Afganen in der Nähe von Kabul und berichtet darüber, es sei eine Vereinigung der Brigaden unter Massy und Macpherson anbefohlen gewesen, die Kavallerie und die Artillerie seien aber an dem bestimmten Vereinigungspunkte gestern zu früh eingetroffen und von großen Massen des Feindes angegriffen worden. General Macpherson habe dem Feinde gestern große Verluste beigebracht nnd denselben heute Morgen von Neuem angegriffen. Der Feind befinde sich in starker Anzahl in der Nachbarschaft der Stadt Kabul.

Kalkutta, 12. Dez. Bei der heutigen Ankunft des Vize-Königs hierselbst wurden von einem Individuum 2 Schüsse auf denselben abgegeben, ohne ihn jedoch zu verletzen. Der Verbrecher ist verhaftet.

Briefkasten.

A. R. Ciesle. Am Montage, 8. d. M., war katholischer Feiertag, daher in dem betr. Abendblatte unserer Zeitung kein Marktbericht der hiesigen kaufmännischen Vereinigung enthalten war. Für den Verkauf Ihres Getreides ist unter solchen Umständen die nächstfolgende Marktnotiz, von Mittwoch, dem 10. d. M., maßgebend.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 12. Dezember. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,335. Pariser do. 80,65. Wiener do. 173,00. K.-M.-St.-A. 144$\frac{3}{8}$. Rheinische do. 152$\frac{3}{4}$. Hess. Ludwigsb. 89$\frac{1}{2}$. K.-M.-Pr.-Anth. 132$\frac{1}{4}$. Reichsanl. 98. Reichsbank 154. Darmstb. 145$\frac{3}{4}$. Meininger B. 85$\frac{1}{2}$. Oest.-ung. Bk. 735,50. Kreditaktien*) 240$\frac{1}{8}$. Silberrente 60$\frac{3}{4}$. Papierrente 59$\frac{3}{8}$. Goldrente 70. Ung. Goldrente 82$\frac{7}{8}$. 1860er Loose 125$\frac{3}{4}$. 1864er Loose 301,50. Ung. Staatsl. 196,00. do. Ostb.-Obl. II. 74. Böhm. Westbahn 176. Elisabethb. 153$\frac{7}{8}$. Nordwestb. 126$\frac{3}{4}$. Galizier 209. Franzosen*) 231$\frac{1}{4}$. Lombarden*) 70. Italiener —,—. 1877er Russen 89$\frac{1}{8}$. II. Orientanl. 58$\frac{5}{8}$. Zentr.-Pacific —.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 239$\frac{7}{8}$. Franzosen 230$\frac{1}{2}$, II. Orientanleihe —, —. Galizier —. Ungarische Goldrente 82$\frac{11}{16}$, 1860er Loose —,—.

Frankfurt a. M., 12. Dezember. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 240. Franzosen —. Lombarden —. 1860er Loose —. Goldrente —. Galizier 208$\frac{3}{4}$. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —. Ungar. Goldrente 82$\frac{3}{4}$. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Still.

Wien, 12. Dezember. (Schluß-Course.) Ruhig, Kreditaktien schwankend, schließlich durch Realisirungen schwächer, übrige Werthe stagnirend.

Papierrente 68,75. Silberrente 70,40. Oesterr. Goldrente 80,90. Ungarische Goldrente 96,00. 1854er Loose 125,70. 1860r Loose 129,50. 1864er Loose 166,50. Kreditloose 179,00. Ungar. Prämienl. 107,50. Kreditaktien 278,80. Franzosen 267,50. Lombarden 80,50. Galizier 242,50. Kasch.-Oderb. 115,50. Pardubitzer 113,50. Nordwestbahn 146,70. Elisabethbahn 177,70. Nordbahn 2300,00. Oesterreich-ungar. Bank 855,00. Türk. Loose 16,00. Unionbank 95,90. Anglo-Austr. 138,20. Wiener Bankverein 138,10. Ungar. Kredit 261,50. Deutsche Plätze 57,10. Londoner Wechsel 116,65. Pariser do. 46,25. Amsterdamer do. 96,45. Napoleons 9,31. Dukaten 5,55. Silber 100,00. Marknoten 57,75. Russische Banknoten 1,21$\frac{3}{4}$.

Wien, 12. Dezember. Abendbörse. Kreditaktien 278,60. Franzosen 267,50, Galizier 242,25, Anglo-Austr. 138,00, Lombarden 81,00, Papierrente 68,70, österr. Goldrente 80,90, ungar. Goldrente 95,90, Marknoten 57,75, Napoleons 9,31, 1864er Loose —, —, österr.-ungar. Bank 852. Geschäftslos.

Florenz, 12. Dezember. 5 pCt. Italienische Rente 91, 82. Gold 22, 56.

Paris, 11. Dezember. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente —,—, Anleihe von 1872 —,—, Italiener —,—, Türken 9,95, Türkenloose —,—, österreich. Goldrente —, ungar. Goldrente 84,92$\frac{1}{2}$, III. Orientanleihe —,—, Egypter 258,12$\frac{1}{2}$. Spanier extér —. 1877er Russen —. Banque otomane —,—. Matt.

Paris, 12. Dezember. (Schluß-Course.) Weichend.

3proz. amortisirb. Rente 83,50. 3proz. Rente 81,90. Anleihe de 1872 115,00. Italien. 5proz. Rente 81,10. Oesterr. Goldrente 70$\frac{1}{4}$. Ung. Goldrente 84$\frac{7}{8}$. Russen de 1877 92$\frac{3}{4}$. Franzosen 582,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 176,25. Lombardische Prioritäten 262,00. Türken de 1865 9,70.

Credit mobilier 610, Spanier exter. 15$\frac{9}{16}$, do. inter. 14$\frac{5}{16}$, Suezkanal-Aktien 710, Banque ottomane 520, Societe generale 576, Credit foncier 1060, Egypter 258. Banque de Paris 866, Banque d'escompte 811, Banque hypothecaire 642, III. Orientanleihe 59$\frac{1}{16}$, Türkenloose 32,00, Londoner Wechsel 25,24.

London, 12. Dezbr. Consols 97$\frac{1}{4}$, Italien. 5proz. Rente 80$\frac{3}{8}$, Lombarden 6$\frac{7}{8}$, 3proz. Lombarden alte 10$\frac{1}{2}$, 3proz. do. neue 10$\frac{3}{8}$. 5proz. Russen de 1871 86$\frac{1}{4}$, 5proz. Russen de 1872 85$\frac{3}{4}$, 5proz. Russen de 1873 86$\frac{3}{8}$, 5proz. Türken de 1865 9$\frac{3}{4}$, 5proz. fundirte Amerikaner 105$\frac{7}{8}$, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungar. Gold-Rente 84$\frac{1}{4}$, Oesterr. Goldrente 69$\frac{1}{2}$, Spanier 15$\frac{3}{4}$, Egypter 51$\frac{3}{8}$.

Platzdiskont 2$\frac{1}{4}$ pCt.

Newyork, 11. Dezbr. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81$\frac{1}{2}$ C. Wechsel auf Paris 5,22. 5pCt. fundirte Anleihe 102$\frac{7}{8}$. 4pCt. fundirte Anleihe von 1877 103$\frac{1}{4}$. Erie-Bahn 43$\frac{1}{2}$. Central-Pacific 110$\frac{1}{2}$. Newyork Centralbahn 132$\frac{1}{2}$.

Produkten-Course.

Danzig, 12. Dezember. [Getreide-Börse.] Wetter: feucht, milde Temperatur, Schnee. Wind: Nordwest.

Weizen loko ist beim Beginn des heutigen Marktes gefragt und zu festen Preisen gehandelt gewesen, dann aber wurde die Stimmung matter, und der Markt schloß zu schwach behaupteten Preisen. 600 Tonnen sind verkauft worden und ist bezahlt für Sommer- 127 Pfd. 222 M., abfallend 115 Pfd. 200 M., bunt und hellfarbig 120 bis 124/5 Pfd. 211, 218, 220 M., hellbunt 123—128/9 Pfd. 225—232 M., hochbunt krank 120—123 Pfd. 220—225 M., hochbunt 127—130 Pfd. 235, 236, 240 M., weiß 123/4 Pfd. 235 M., alt hochbunt 130 Pfd. 248 M., russischer roth 119/20 Pfd. 213 M. per Tonne. Termine ermattend, per April-Mai 237 M. Br., 236 M. bez., blieb 235 M. Gd. Regulirungspreis 226 Mark.

Roggen loko fest. Bezahlt wurde für inländischen mit Petroleumgeruch 126 Pfd. 160 M., guten 123 Pfd. 159 M., 123/4 Pfd. 158$\frac{1}{2}$ M., 128/9 Pfd. 164$\frac{1}{2}$ M. per Tonne. Termine per April-Mai inländischer 168 M. Br., unterpolnischer Transitt 165 M. Br. Regulirungspreis 152 M., unterpolnischer 155 Mark. — Gerste loko matter. Bezahlt ist große mit Geruch 114 Pfd. mit 158 M., gute große 111 Pfd. 165, 168 M., 115, 116 Pfd. 170 M., kleine gelbe 118 Pfd. 143 M., kleine 106/7 Pfd. 140 M. per Tonne — Erbsen loko Futter- 145 M. per Tonne. — Hafer loko russischer brachte 130 M. per Tonne. — Spiritus loko ist zu 57,50 M. verkauft.

Köln, 12. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 23,50, pr. März 24,50, pr. Mai 24,40. Roggen loco 18,75, pr. März 17,90, per Mai 17,80. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 30,50, pr. Mai 29,60.

Hamburg, 12. Dezember. (Getreidemarkt.) Weizen loko bei kleinem Angebot fest, auf Termine ruhig. Roggen loko fest, auf Termine ruhig. Weizen per Dez.-Jan. 230 Br., 229 Gd., per April-Mai 238 Br., 237 Gd. Roggen per Dezember-Januar 168 Br., 167 Gd., per April-Mai 168 Br., 167 Gd. Hafer still, Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loko 58$\frac{1}{2}$, per Mai 59. Spiritus ruhig, per Dezember 53$\frac{1}{4}$ Br., per Dezember-Januar — Br., pr. Januar-Februar 52$\frac{1}{2}$ Br., per April-Mai 51 Br., Mai-Juni 51$\frac{1}{4}$ Br. Kaffee fest, aber ruhig. Umsatz 2000 S. — Petroleum matt, Standard white loko 8,90 Br., 8,70 Gd., per Dezember 8,70 Gd., per Januar-März 8,75 Gd. — Wetter: Mild.

Bremen, 12. Dezbr. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loko 8,60, pr. Dezbr. —,—, pr. Januar 8,60, per Jan.-März 8,75. per April-Juni 8,85.

Marktpreise in **Breslau** am 12. Dezember 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		guter Höchster M. Pf.	guter Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	22 40	22 —	21 30	20 70	20 30	19 50
Weizen, gelber		21 50	21 30	20 70	20 30	19 90	18 90
Roggen,		17 —	16 70	16 40	16 10	15 90	15 50
Gerste,		17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer,		13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Erbsen		19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm	fein		mittel		ordinäre	
Raps	23	—	22	—	20	—
Rübsen, Winterfrucht	22	25	21	—	19	—
Rübsen, Sommerfrucht	22	—	19	75	17	—
Dotter	21	—	19	—	16	—
Schlagleinsaat	25	50	23	50	20	—
Hanfsaat	17	25	16	25	14	75

Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, per 50 Klgr. 40—45 bis 50—53 Mk. weißer unveränd. per 50 Kilogr. 47—56—68—72 Mk. hochfeiner über Notiz bezahlt. — Rapskuchen behauptet per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 Mk. — Leinkuchen ohne Aenderung, per 50 Kilo 9,70—9,90 Mk. — Lupinen sehr vernachlässigt per 100 Klgr. gelbe 7,80—8,40—8,90 Mk. blaue 7,60 bis 8,20—8,60 — Thymothee sehr fest, per 50 Kilgr. 18—20—24 Mrk. — Bohnen: gut verkäuflich, per 100 Kilogramm 20,00—21,00 bis 21,50 Mark. — Mais, behauptet, per 100 Kilogr. 14,00 bis 14,50—15,20 Mark. — Wicken: ohne Angebot, — per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Mark. — Heu, per 50 Kilogr. 2,70 bis 3,00 M. — Stroh: per Schock 600 Kilogramm 20,00—23,00 M. — Kartoffeln per Sack (2 Neuscheffel a 75 Klgr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuscheffel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Ltr. 0,10—0,15 Mark. — Mehl: gut behauptet, per 100 Kilog. Weizen fein 31,00—32,00 M. — Roggen fein 27,00 bis 28,00 M. Hausbacken 26,00 bis 27,00 M., Roggen-Futtermehl 10,20—11.00 M., Weizenkleie 9,50 bis 10,00 M.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Dezemb. Weizen pr. 1000 Kilo loko 200—243 M. nach Qualität gefordert. Gelber Märk. — M. ab Bahn bez. F. gelber Schlesischer — M. ab Bahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung — M. Gekündigt — Centner. Per Dezember —,— M. bezahlt, per Dezember-Januar —,— M. bezahlt, per Januar-Februar — bez., April-Mai 240½—239—241 bezahlt, Mai-Juni 242—241—142½ M. bez. — Roggen per 1000 Kilo loko 168—178 M. nach Qualität gef. Russ. — ab Kündigung bez. Inländ. 174—176 M. a. B. bez. F. Russischer — M. ab Kahn bez. Regulirungspreis f. d. Kündigung 168 M. bezahlt. Gekündigt 1000 Ztr. Per Dezember 168—7½—8½ bez., Dezember-Jan. 168—7½—168½ M. bez., per Januar-Februar 169—167½ bez., per Februar-März — bez., April-Mai 175½—174½—175½ bez., Mai-Juni 173—172½—173½ bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 137—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 133 bis 155 nach Qualität gefordert. Russischer 133 bis 138 bez., Pommerscher 140 bis 145 bez., Ost- und Westpreußischer 136 bis 139 bez., Schlesischer 140—145 bez., Galizischer —,— bez., Böhmischer 140—145 bezahlt. Per Dezemb.-Januar — M. Br., per April-Mai 149½ M. bez., per Mai-Juni — M. bez. Gekündigt — Ctr. Regulirungspreis — bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 173—210 Mark, Futterwaare 162—172 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 154—159 bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez., Amerikanischer — a. B. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,50 bis 30,00 M., 0: 30,00 bis 29,00 M., 0|1: 29,00—27,00 M., — Roggenmehl inkl. Sack 0: 25,75—24,75 M., 0|1: 24,50—23,50 M., per Dezember 24,15—24,30 bez., Dezember-Januar 24,15—24,30 bez., per Jan.-Februar 24,25—24,40 bez., per Februar-März 24,30—24,45 bez., per April-Mai 24,45—24,65 bez., Mai-Juni 24,45—24,65 bez. Gekündigt 8000 Ctr., Regulirungspreis 24,20 bezahlt. — Oelsaat per 1000 Kilo Winter-Raps 210—235 Mark, Dezember-Januar —,— bez., Januar-Februar —,— bez. — Winter-Rübsen 205—228 M., Dezember-Januar —,— bz., Januar-Februar —,— bez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 54,2 M., flüssig — M., mit Faß — M., per Dezember 54,4 M., per Dez.-Januar 54,4 M., per Januar-Februar — bezahlt, per Febr.-März — M. bez., per April-Mai 55,3 M. bezahlt, per Mai-Juni 56,6 bezahlt. — Leinöl loko 68,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 26,8 M. bez., Dezember 26,6—26,5 bez., per Dezember-Januar 26,6—26,5 bezahlt, Januar-Februar 26,6—26,5 bez., Februar-März — Mark bez., per April-Mai —,— Mark bez. — Gekündigt — Zentner. Regulirungspreis — bezahlt — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 60,5 Mark bezahlt, per Dezember 60,4—60,0—60,2 bez., per Dezember-Januar 60,4—60,0—60,2 bez., Februar — bezahlt, April-Mai 62—61,6—61,8 bezahlt, per Mai-Juni 62,1—61,8—62,0 bez. Gekündigt 10000 Liter. Regulirungspreis für die Kündigung 62,2 bez. (B. B.-Z.)

Stettin, 12. Dezbr. (An der Börse.) Wetter: trübe. Temperatur + 1° R. Barom. 28,4. Wind: NW. — Weizen flau, per 1000 Kilo loko gelber inländischer 215—230 M., weißer 215 bis 234 M., per Dezember 228 M. nom., per Frühjahr 237,5—236 M. bez. — Roggen matter, per 1000 Kilo loko inländischer 167—170 M., Russischer 164—166 M., per Dezember 164 M. nom., per Frühjahr 168,5—168 M. bez., per Mai-Juni 167—168 M. bez., per Juni-Juli 165,5 M. bez. — Gerste behauptet, per 1000 Kilo loko Brau- 144—154 M., Futter- — M., Chevalier 165—170 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko inländischer 132 bis 140 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterrübsen geschäftslos, per 1000 Kilo 215—235 M., per April-Mai 247 M. nom., per September-Oktober 257 M. nom. — Winterraps per 1000 Kilo loko 220 bis 240 M. bez. — Rüböl matt, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 56 M. Br., per Dezember 54 M. Br., per April-Mai 55 M. Br. — Spiritus flau, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 59,8 M. bez., per Dezember 59,7—59,3 M. bez., per Dezember-Januar und per Januar-Februar 59,2 M. bez., per Frühjahr 61,8—61—61,3 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 61,9 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 228 M., Roggen 164 M., Rüböl 54 M., Spiritus 59,5 M. — Petroleum loko 9,1 M. tr bez., Kleinigkeiten 9,2 M. tr. bez., 13 M. versteigert bez., Regulirungspreis 9,1 M. (Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Ostsee.	Thermometer.	Wind.	Wolkenform.
12. Dez.	Nachm. 2	28" 1'''35	— 0°3	NW =1	trübe St. ₁)
12. =	Abnds. 10	28" 2'''92	— 0°0	W 2=3	bedeckt Ni
13. =	Morgs. 6	28" 4'''84	— 3°0	NW 0=1	bedeckt Ni

₁) Schneemenge 2,0 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. Dezember Mittags 1,20 Meter.
= = 12. = = 1,20 =

Berlin, 12. Dezember. Die auswärtigen Börsen haben gestern unter dem Einfluß einer politischen Verstimmung gestanden, deren Ursprung in den unerquicklichen Vorgängen in Rußland zu suchen ist; russische Anleihen waren in London und Paris stark herabgesetzt, auch ungarische Goldrente ward geworfen, angeblich weil man dort Ueberschwemmungen und Nothstand fürchtete. Hier war die Eröffnung des Verkehrs lustlos und wenig gegen gestern verändert. Nachdem die anfängliche Verkaufslust überwunden war, warf sich die Spekulation vorzugsweise auf das Geschäft in Laurahütte, deren Aktien rasch 2 Prozent anzogen, auf Dortmunder Union, deren Stamm-Prioritäten rasch um 1 Prozent stiegen, und auf Rumänier, welche ihre gestrige Einbuße fast ganz einholten. Daneben waren auch Kredit-Aktien und Franzosen, Diskonto-Kommandit-Antheile, Köln-Mindener und Rheinische Eisenbahn-Aktien Kleinigkeiten besser und mäßig belebt. Doch hatte die ganze Festigkeit etwas Gemachtes und erfuhr bald einige Schwankungen, jedoch von geringem Umfange. Dagegen lagen ungarische Gold-Rente und russische Anleihen schwach, andere Renten still, 1860er Loose behauptet. Gegen baar gehandelte Aktien fanden bei fester Haltung nur mäßige Beachtung; Bergwerks-Papiere behaupteten sich gut; Stamm-Prioritäten waren belebt. Anlage-Werthe lagen fest, namentlich deutsche Anleihen und Pfandbriefe, so wie ausländische Eisenbahn-Obligationen, unter denen russische bevorzugt waren. Der Verkehr entwickelte sich in weiterem Verlaufe der Börse schwerfällig; gegen halb zwei ward die Haltung flau, namentlich auf dem Eisenbahn-Aktien-Markte: nach einem auf der Börse umlaufenden Gerüchte sollte der Minister erklärt haben, daß in dieser Session höchstens noch der Ankauf der Potsdamer Bahn genehmigt werden könne. Per Ultimo notirte man Franzosen 465—464, Lombarden 139,50—139, Kreditaktien 484,50—4—6—483,50, Diskonto-Kommandit-Antheile 183,50—2,50. Hamburger zogen 5 Prozent an. Der Schluß war etwas fester.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. Dezember 1879.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Papier	Zinsf.	Cours
Consol. Anleihe	4½	104,30 bz
do. neue 1876	4	97,40 bz
Staats-Anleihe	4	97,90 bz
Staats-Schuldsch.	3½	95,50 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,10 bz
do. do.	3½	92,25 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	103,20 bz
do.	5	106,60 bz
Landsch. Central	4	97,50 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	91,90 bz
do. neue	3½	88,50 bz
do.	4	97,90 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	87,00 G
do.	4	96,60 bz G
do.	4½	102,90 bz
Pommersche	3½	87,25 bz G
do.	4	97,70 bz
do.	4½	102,70 bz
Posensche, neue	4	97,80 G
Sächsische	4	
Schlesische	3½	
do. alte A. u. C.	4½	
do. neue A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	87,25 G
do.	4	96,80 bz
do.	4½	101,60 bz
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	101,90 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	98,30 G
Pommersche	4	98,25 G
Posensche	4	98,10 G
Preußische	4	98,10 B
Rhein- u. Westfäl.	4	98,50 bz
Sächsische	4	98,50 bz
Schlesische	4	99,00 G
Souvereignes		
20-Franksstücke		16,13 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,18.5 G
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		
Fremde Banknoten		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,30 bz
Oesterr. Banknot.		173,20 bz
do. Silbergulden		173,25 bz
Russ. Noten 100 Rbl.		210,90 bz

Deutsche Fonds.

Papier	Zinsf.	Cours
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,25 bz
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	266,50 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	132,50 bz G
do. 35 fl. Obligat.	—	176,50 G
Bair. Präm.-Anl.	4	133,25 bz
Braunschw. 20thl.-L	—	89,40 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	
Cöln.-Md.-Pr. Anl.	3½	132,50 bz
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	125,25 bz G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	115,10 bz G
do. II. Abth.	5	113,40 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	188,25 B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,00 bz
Mecklenb. Eisenbsch.	3½	89,10 B
Meininger Loose	—	25,50 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	118,00 B
Oldenburger Loose	3	149,90 bz
D.-G.-C.-B.-Pf 110	5	103,25 G
do. do.	4½	98,20 bz B
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,75 bz G
do. do.	4½	98,25 G
Mein. Hyp.-Pf.	5	101,25 G
Nrdd. Grdcr.-H.-A.	5	97,75 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	94,75 bz G

Papier	Zinsf.	Cours
Pomm. H.-B. I. 120	5	102,00 G
do. II. IV. 110	5	99,00 G
Pomm. III. rkz. 100	5	98,50 bz G
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	102,10 bz G
do. do. 100	5	100,20 bz B
do. do. 115	4½	99,40 bz G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	101,50 B
do. unk. rückz. 110	5	110,50 G
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	100,25 bz G
do. do. 110	5	102,75 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	103,00 B
do. do.	4½	100,25 G
Stettiner Nat. Hyp.	5	93,75 bz G
do. do.	4½	96,60 bz G
Kruppsche Obligat.	5	110,00 G

Ausländische Fonds.

Papier	Zinsf.	Cours
Amerik. rckz. 1881	6	102,00 bz G
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,90 bz G
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	114,80 G
Oesterr. Goldrente	4	70,10 bz
do. Pap.-Rente	4⅕	59,30 bz
do. Silber-Rente	4⅕	60,60 bz B
do. 250 fl. 1854	4	117,20 B
do. Cr. 100 fl. 1858	—	332,00 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	125,75 bz B
do. do. v. 1864	—	302,25 G
Ungar. Goldrente	6	82,80 bz
do. St.-Eisb. Akt.	5	82,00 bz B
do. Loose	—	197,00 bz
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	79,50 G
do. Tab.-Oblg.	6	101,50 G
Rumänier	8	105,75 B
Finnische Loose	—	48,10 bz G
Russ. Centr.-Bod.	5	77,00 G
do Engl. A. 1822	5	85,00 G
do. do. A. v. 1862	5	85,40 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	66,00 bz
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	86,70 bz
do. do. 1872	5	86,70 bz
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	89,10 bz B
do. Boden-Credit	5	78,50 bz G
do. Pr.-A. v. 1864	5	151,50 bz G
do. do. v. 1866	5	148,50 bz G
do. 5. A. Stiegl.	5	61,40 B
do. 6. do. do.	5	84,50 B
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,75 G
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	62,10 bz B
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	56,30 bz B
Türk. Anl. v. 1865	5	10,10 bz B
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	27,25 bz B

*) Wechsel-Course.

Papier	Cours
Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	173,15 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	172,10 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	209,90 bz
do. 100 R. 3 M.	208,75 bz
Warschau 100 R 8 T.	210,60 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —. Leipzig —, London 3. Paris 3, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Papier	Zinsf.	Cours
Badische Bank	4	107,25 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	34,50 bz B
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	59,00 bz G
Berl. Handels-Ges.	4	82,00 bz G
do. Kassen-Verein.	4	169,25 bz G
Breslauer Disk.-Bk.	4	93,00 bz
Centralbk. f. B.	4	12,00 bz B
Centralbk. f. J. u. H.		46,00 G
Coburger Credit-B.	4	92,75 G
Cöln. Wechslerbank	4	103,00 bz B
Danziger Privatb.	4	107,00 bz G
Darmstädter Bank	4	146,00 bz
do. Zettelbank	4	105,75 G
Dessauer Creditb.	4	88,00 B
do. Landesbank	4	127,90 bz
Deutsche Bank	4	139,75 bz G
do. Genossensch.	4	114,00 bz G
do. Hyp.-Bank.	4	88,00 B
do. Reichsbank.	4½	153,70 bz G
Disconto-Comm.	4	182,10 bz
Geraer Bank	4	97,75 bz G
do. Handelsb.	4	49,40 bz G
Gothaer Privatbk.	4	100,00 G
do. Grundkredb.	4	90,00 bz G
Hypothek (Hübner)	4	86,50 bz G
Königsb. Vereinsb.	4	96,75 bz B
Leipziger Creditb.	4	146,00 bz B
do. Discontob.	4	83,00 bz B
Magdeb. Privatb.	4	114,00 bz B
Mecklb. Bodencred.	fr.	59,00 B
do. Hypoth.-B.	4	73,00 bz G
Meining. Creditbk.	4	85,00 G
do. Hypothekenbk.	4	90,75 bz
Niederlausitzer Bank	4	98,50 bz B
Norddeutsche Bank	4	153,10 bz G
Nordd. Grundkredit	4	47,25 bz
Oesterr. Kredit	4	
Posener Spritaktien	4	46,00 G
Petersb. Intern. Bk.	4	96,00 bz B
Posen. Landwirthsch	4	62,00 B
Posener Prov.-Bank	4	108,50 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	71,30 bz
do. Zentralbdn.	4	127,00 bz G
do. Hyp.-Spielh.	4	113,30 bz G
Produkt.-Handelsbk	4	78,00 bz G
Sächsische Bank	4	114,00 B
Schaaffhaus. Bankv.	4	97,50 bz G
Schles. Bankverein	4	105,50 bz
Südd. Bodenkredit	4	128,25 G

Industrie-Aktien.

Papier	Zinsf.	Cours
Brauerei Patzenhof.	4	123,75 G
Dannenb. Kattun.	4	21,75 bz G
Deutsche Bauges.	4	60,00 G
Dtsch. Eisenb.-Bau.	4	7,20 G
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	52,00 G
Dortmunder Union	4	15,00 bz G
Egell. Masch.-Akt.	4	38,50 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	24,60 bz
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	57,50 bz G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	127,10 G
Georg-Marienhütte	4	89,50 bz G
Hibernia u. Shamr.	4	85,25 bz G
Immobilien (Berl.)	4	83,25 G
Kramsta, Leinen-F.	4	90,00 B
Lauchhammer	4	38,25 bz G
Laurahütte	4	107,90 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	65,00 bz G
Magdeburg. Bergw.	4	133,00 B
Marienhüt. Bergw.	4	75,90 G
Menden u. Schw. B.	4	87,75 bz G
Oberschl. Eis.-Bed.	4	56,75 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	81,50 bz G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	50,00 B
Redenhütte	4	188,00 B
Rhein.-Nass. Bergw.	4	93,75 bz G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	22,90 bz G
Unter den Linden	4	7,75 bz G
Wöhlert Maschinen	4	17 50 B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Papier	Zinsf.	Cours
Aachen-Mastricht	4	21,25 bz
Altona-Kiel	4	135,50 bz
Bergisch-Märkische	4	94,40 bz
Berlin-Anhalt	4	101,30 bz G
Berlin-Dresden	4	11,80 bz B
Berlin-Görlitz	4	16,25 bz
Berlin-Hamburg	4	190,00 bz
Brl.-Potsd.-Magd.	4	95,00 bz G
Berlin-Stettin	4	112,50 bz G
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	92,70 bz
Cöln-Minden	4	144,60 bz
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	14,00 bz B
Hann.-Altenbeken	4	13,40 bz
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	23,10 bz
Magd.-Halberstadt	4	143,50 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	98,50 G
Niederschl.-Märk.	4	98,60 bz
Nordhausen-Erfurt	4	23,25 bz G
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	169,25 bz
do. Lit. B.	3½	145,60 bz G
do. Lit. C.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	51,00 bz B
Rechte Oderuferb.	4	139,75 bz
Rheinische	4	152,50 bz G
do. Lit. B. v. St gar.	4	97,00 bz G
Rhein-Nahebahn	4	12,70 bz G
Stargard-Posen	4½	102,10 bz
Thüringische	4	148,50 bz B
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,90 bz
do. Lit. C. v. St gar.	4½	104,00 bz B
Weimar-Geraer	4½	46,90 bz
Albrechtsbahn	5	22,30 bz G
Amsterd.-Rotterd.	4	116,90 bz
Aussig-Teplitz	4	
Böhm. Westbahn	5	88,25 bz G
Brest-Grajewo	4	47,50 bz
Brest-Kiew	4	
Dux-Bodenbach	4	41,00 bz G
Elisabeth-Westbahn	5	76,90 bz G
Kais. Franz Joseph	5	68,00 bz G
Gal. (Karl Ludwig.)	5	104,60 bz
Gotthard-Bahn	6	50,00 bz G
Kaschau-Oderberg	5	49,50 bz G
Ludwigsb.-Bexbach	4	193,25 bz G
Lüttich-Limburg	4	14,10 G
Mainz-Ludwigsh.	4	89,00 bz
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	251,50 bz
do. Litt. B.	5	161,00 bz G
Reichenb.-Pardubitz	4½	48,40 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	62,20 bz
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	42,30 bz
Russ. Staatsbahn	5	
Schweizer Unionb.	4	13,90 bz G
Schweizer Westbahn	4	14,50 G
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	48,60 bz
Vorarlberger	5	64,30 G
Warschau-Wien	4	245,00 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Papier	Zinsf.	Cours
Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	31,50 bz G
Berlin-Görlitzer	5	60,50 bz G
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	68,00 bz G
Hannover-Altenbek.	5	30,10 bz G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	97,75 bz G
Magd.-Halberst. B.	3½	85,70 bz G
do. do. C.	5	117,50 bz G
Marienb.-Mlawka	5	84,00 bz G
Nordhausen-Erfurt	5	86,00 bz B
Oberlausitzer	5	
Ostpreuß. Südbahn	5	94,75 G
Posen-Creuzburg	5	62,50 bz G
Rechte Oderuf. Bahn	5	138,75 bz B
Rumänische	8	100,00 bz G
Saalbahn	3	
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	83,75 bz G
Weimar-Geraer	5	

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Papier	Zinsf.	Cours
Aach.-Mastricht	4½	98,90 G
do. do. II.	5	
do. do. III.	5	101,00 G
Berg.-Märkische I.	4½	
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	89,40 B
do. do. Litt. B.	3½	89,40 B
do. do. Litt. C.	3½	84,80 bz B
do. IV.	4½	
do. V.	4½	101,90 B
do VI.	4½	102,25 G
do. VII.	4½	101,75 bz
Aachen-Düsseldf. I.	4	96,50 G
do. do. II.	4	96,50 G
do. do. III.	4½	101,00 B
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	96,00 G
do. do. II.	4½	
do. Dortm.-Soest	4	96,00 bz
do. do. II.	4½	101,00 G
do. Nordb. Fr. W.	5	102,25 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	101,50 B
do. Litt. B.	4½	101,50 B
Berlin-Görlitz	5	101,50 B
do. do. Litt. B.	4½	98,25 bz
Berlin-Hamburg	4	98,00 G
do. do. II.	4	98,00 G
do. do. III.	5	102,00 bz G
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	97,20 bz
do. do. C.	4	97,20 bz G
do. do. D.	4½	101,40 bz G
do. do. F.	4½	101,40 bz G
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	97,40 bz B
do. do. III.	4	97,40 bz B
do. IV. v. St. g.	4½	103,00 B
do. VI. do.	4	97,40 B
do. VII.	4½	101,30 bz G
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	100,60 bz B
do. do. Litt. I.	4½	100,60 bz B
do. do. 1876	5	104,70 bz
Cöln-Minden IV.	4	97,50 B
do. do. V.	4	97,50 B
do. do. VI.	4½	101,10 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	103,25 G
do. do. C.	4½	103,50 bz G
Hannov.-Altenbk. I.	4½	100,80 G
do. do. II.	4½	100,70 G
do. do. III.	4½	100,90 bz G
Märkisch-Posener	4½	101,10 G
Magd.-Halberstadt	4½	
do. do. de 1865	4½	101,40 bz B
do. do. de 1873	4½	101,10 bz
do. Leipz. A.	4½	102,00 bz G
do. do. B.	4	97,10 G
do. Wittenberge	4½	101,00 G
do. do.	3	84,25 G
Niederschl.-Märk. I.	4	97,75 G
do. II. a 62½ thlr.	4	
do. Obl. I. u. II.	4	98,75 bz
do. do. III conv.	4	97,25 bz
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	97,00 G
do. E.	3½	
do. F.	4½	102,50 G
do. G.	4½	
do. H.	4½	102,75 bz
do. v. 1869	4½	102,75 bz G
do. v. 1873	4	96,50 bz
Oberschles. v. 1874	4½	102,25 B
do. Brieg-Neisse	4½	101,00 G
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	101,90 G
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	101,00 bz G
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	102,50 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	90,50 G
do. v. 1858, 60	4½	
do. v. 1862, 64	4½	101,20 bz
do. v. 1865	4½	101,20 bz
do. 1869, 71, 73	4½	101,20 bz
do. v. 1874,	5	101,90 G
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	103,40 bz
do. II. do.	4½	103,40 bz
Schlesw.-Holstein	4½	101,60 G
Thüringer I.	4	97,00 bz G
do. II.	4½	
do. III.	4	97,00 bz G
do. IV.	4½	102,00 B
do. V.	4½	102,00 B

Ausländische Prioritäten.

Papier	Zinsf.	Cours
Elisabeth-Westbahn	5	82,00 bz B
Gal. Karl-Ludwig I.	5	89,50 bz B
do. do. II.	5	87,80 bz
do. do. III.	5	87,70 G
do. do. IV.	5	87,70 G
Lemberg-Czernow. I.	5	73,30 bz G
do. II.	5	76,40 G
do. III.	5	70,80 bz G
do. IV.	5	67,75 bz
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	26,25 G
Mainz-Ludwigsb.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	364,10 bz G
do. Ergänzsb.	3	346,00 bz
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	102,80 bz
do. II. Em.	5	102,80 bz
Oesterr. Nordwest.	5	83,70 bz G
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	80,10 bz G
do. Geld-Priorit.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	76,30 bz
do. do. 1869	5	75,20 bz B
do. do. 1872	5	74,75 bz G
Rab-Graz Pr.-A.	4	88,10 bz G
Reichenb.-Pardubitz	5	74,40 G
Südösterr. (Lomb.)	3	257,50 bz G
do. do. neue	3	257,50 bz G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	88,50 bz B
Brest-Grajewo	5	85,30 bz G
Charkow-Asow g.	5	92,25 G
do. in Lstr. a 20 40	5	85,70 B
Chark.-Krementsch.	5	89,50 bz
Jelez-Orel, gar.	5	90,40 bz
Koslow-Woron. gar	5	95,50 B
Koslow-Woron, Ob.	5	81,50 bz G
Kursk-Chark. gar.	5	91,75 bz
K.-Chark-As. (Obl.)	5	85,00 bz G
Kursk-Kiew, gar.	5	97,60 bz B
Losowo-Sewast.	5	83,25 bz G
Mosko-Rjäsan	5	101,40 B
Mosk.-Smolensk	5	92,50 bz
Schuja-Iwanow.	5	92,50 B
Warschau-Teresp.	5	94,10 G
do. kleine	5	94,30 bz
Warschau-Wien II.	5	100,75 bz G
do. III.	5	99,75 G
do. IV.	5	97,00 bz B
Zarskoe-Selo	5	74,25 G

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.